

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 15

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Die gottgefällige Dynamitbombe
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092601>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Die gottgefällige Dynamitbombe

Von unserem Interimskorrespondenten aus Montevideo

Der Terror in Lateinamerika ist eine kontinentale Angelegenheit. Aber seine Bekämpfung bleibt trotz einiger übernationaler Beratungen unkoordiniert, Dafür ist wiederum seine Unterstützung nicht an Grenzen gebunden. Der Segen erfolgt unter anderm im Namen Gottes. So wie es zu Hitlers Zeiten Priester gab, welche das «neue Europa» der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei samt den Mitteln zu seiner Entstehung guthiessen, so gibt es heute Priester, welche die «neue sozialistische Ordnung» samt den forschenden Methoden ihrer Einführung im Namen des schon wieder politisierten Christentums segnen.

Wie erwartet war das Hauptthema bei der Konferenz der Organisation amerikanischer Staaten (OEA), die Ende Juni in Washington abgehalten wurde, die Welle von Terrorismus in Lateinamerika und die eventuellen Methoden, um diesen erfolgreich zu bekämpfen.

Die Konferenz beschliesst die spätere Erörterung von Ausschussvorschlägen

Nach einer Reihe von Diskussionen, bei denen es unmöglich schien, dass sich die verschiedenen Delegierten je einigen würden, wurde schliesslich ein gemeinsames Vorgehen gegen den Terror und die politischen Entführungen beschlossen. Die OEA wird den Mitgliedstaaten empfehlen, in einer Frist von vier Monaten eine kontinentale Aktion gegen diese Delikte, denen innerhalb der letzten zehn Monate zehn Diplomaten in Lateinamerika zum Opfer fielen, einzuleiten. Gleichzeitig sollen juristische Massnahmen ausgearbeitet werden, um Diplomaten einen effektiven Schutz zu gewährleisten. Dem Interamerikanischen Juristischen Ausschuss obliegt die Ausarbeitung dieser Massnahmen, die dann einer Versammlung der OEA vorgelegt werden. Der Ausschuss wurde für den 8. August einberufen. Danach wird sich herausstellen, ob effektive Methoden zur Bekämpfung der Guerillas in Stadt und Land ausgearbeitet und vor allem angewandt werden können. Es besteht nicht allzuviel Optimismus.

Sonst zeigte die Konferenz der OEA ein wenig der grossen Differenzen, die unter den lateinamerikanischen Staaten bestehen. *Peru* und *Chile* forderten die Wiederaufnahme von Beziehungen, vor allem des Handels mit Kuba, *Bolivien* übte an der nordamerikanischen Südostasienpolitik heftig Kritik, und *Panama* protestierte energisch gegen die Asylgewährung in der Kanalzone an

drei aus einem Gefängnis in Panama geflüchteten Obersten, die wegen subversiver Tätigkeit gegen den regierenden General Torrijos angeklagt waren. Während *Brasilien* und die USA Vorschläge zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Terroristen ausarbeiteten, rieten *Mexiko* und *Uruguay* zu «äusserster Vorsicht».

Inzwischen geht der Terror weiter.

In *Brasilien* hatte ein Mann das Pech, hintereinander Passagier von zwei Flugzeugen zu sein, die beide Opfer von Entführungsmanövern wurden: der erste Versuch einer Gruppe von Entführern konnte dank der Kaltblütigkeit der brasilianischen Behörden verhindert werden; der zweite, einen Tag später, gelang, und eine zweimotorige Maschine der *Cruzeiro do Sul* musste ihren Kurs ändern und mit 50 Passagieren und sieben Besatzungsmitgliedern an Bord in Richtung Kuba fliegen. Die brasilianischen Terroristen erklärten, dass auch die Entführungen weitergehen würden.

Kolumbien: Guerillaorganisationen für 11- bis 15jährige

Die jüngste Entführung von zwei Deutschen in *Bolivien* ist nur ein Indiz mehr für die totale politische Krise, aus welcher die gegenwärtige Führung des Landes wohl keinen Ausweg mehr finden wird. Das Regime hatte zwar eine politische Lebensversicherung dadurch abschliessen wollen, dass es sich von den USA abwandte und sich die Sowjetunion samt den Ländern ihres Diktats als Handelspartner erwählte, aber damit hat es nur erreicht, dass ihm bei unverminderter Gefahr von links her nun auch noch ein Putsch von rechts her droht. Die Diktatur von General Ovando hat offensichtlich ausgespielt. Schon Ende Juni hatte die Regierung über das ganze Land den Ausnahmezustand verhängen müssen.

Bei Zusammenstössen zwischen Heereseinheiten und Guerillakämpfern in *Venezuela* wurden im Staate Lara ein Aufständischer getötet und zwei verletzt. Wenige Tage zuvor war in der Gegend ein vermöglicher Gutsbesitzer entführt und für seine Freilassung 12 000 Dollar kassiert worden.

In der Alto Sino genannten Gegend *Kolumbiens* sollen zehn Guerillaorganisationen tätig sein, die aus Jugendlichen zwischen 11 und 15 Jahren bestehen. Ueber ihre «politische Richtung» ist nichts bekannt. Nach einer Verlautbarung aus Heereskreisen operierten voriges Jahr Gruppen des sogenannten EPL (Befreiungsheer des Volkes) maoistischer Tendenz in dieser Gegend.

Ferner hat die kolumbianische Regierung ein kommunistisches Komplott aufgedeckt, das den

gewählten Präsidenten Misael Pastrana Borrero hindern sollte, am 8. August die Präsidentschaft zu übernehmen. Bei diesem Komplott würde es sich um einen Zusammenschluss prochinesischer, prosowjetischer und castristischer Kommunisten mit den neuen Organisationen Black Power und ANAPO (Nationale Volksallianz) handeln; letztere wird von dem Ex-Diktator Kolumbiens, General Gustavo Rojas Pinilla, geleitet. Sabotageakte, Terror und Entführungen bekannter politischer Persönlichkeiten sowie Waffenraub sollten dazu dienen, die Einberufung des Kongresses unmöglich zu machen.

Die Ermordung des Obersten Jorge Leonidas Cheng Contreras in Santo Domingo erhöhte die Zahl der politischen Morde in der *Dominikanischen Republik* in den letzten Junitagen auf vier. An der Tür seines Hauses wurde wenige Tage darauf ein Bürger mit einem fünfjährigen Kind auf dem Arm in einem Vorort der Hauptstadt von Kugeln durchsiebt; dieser Mord brachte die Zahl der Todesopfer auf 15. Die Regierung Joaquin Balaguers erwägt drastische Massnahmen, einschliesslich der Aufhebung der verfassungsmässig garantierten Rechte, um der Terrorwelle Einhalt zu gebieten. Mittlerweile wurde ein Gesetz angekündigt, das für Teilnehmer an Terrorakten eine 30jährige Gefängnisstrafe vorsieht.

Auch in *Chile* kam es zu blutigen Unruhen. Zusammenstösse zwischen teilweise bewaffneten Studenten und der Polizei führten zu Dutzenden von verletzten Opfern auf beiden Seiten. In einer von Radio und Fernsehen übertragenen Rede machte der chilenische Innenminister Patricio Rojas die castristische Bewegung MIR sowie eine chinafreundliche Gruppierung verantwortlich. Die Geschehnisse bewiesen laut Rojas deutlich ein systematisches und koordiniertes Vorgehen, um eine Steigerung der Gewalttätigkeiten zu erreichen, die dazu bestimmt seien, die verfassungsmässige Ordnung zu stürzen.

Trotzdem besteht die chilenische Regierung auf ihren Forderungen, den Handel mit Kuba zu erweitern. Zum erstenmal seit der 1964 verhängten Blockade lief ein kubanisches Schiff in einen chilenischen Hafen ein. Die «Camarones» hatte kubanische Hilfssendungen für die Erdbebenbeschädigten nach Peru transportiert und war dann nach dem chilenischen Hafen San Antonio weitergefahren, um eine Ladung Wein an Bord zu nehmen. Der Wein wurde von dem früheren Senator Baltasar Castro verkauft, einem persönlichen Freund sowohl Fidel Castros als auch des chilenischen Präsidenten Eduardo Frei. Eine Woche darauf legte ein zweites kubanisches Schiff in Chile an, um schwarze Bohnen zu laden, eine in Chile nicht gefragte «Delikatesse», die ein Hauptteil der täglichen Nahrungsration der Kubaner ausmacht. Die «Camarones» blieb drei Tage lang in San Antonio und wurde von dem chilenischen Publikum besucht.

Trotz aller Gültlichkeit sah sich Präsident Frei genötigt, den Ausnahmezustand auszurufen. Er hielt eine Reihe von Reden, um das Volk zu beruhigen und die Gerüchte über einen möglichen Staatsstreich zu zerstreuen. Der unabhängige Präsidentschaftskandidat für die am 4. September stattfindenden Wahlen, Jorge Alessandri, erklärte, dass «das Klima der Gewalttätigkeit, das Chile erlebt, auf die parlamentarischen Zwischenfälle und die institutionelle Krise zurückzuführen sei». «Die Gewerkschafts- und Stu-



Bolivianische Guerillas und Hinrichtungskommandos: Mit dem Segen der fortschrittlichen Geistlichkeit.

dentenorganisationen sind viel zu sehr politisiert», sagte Alessandri und versprach «Autorität und Ordnung wiederherzustellen», wenn er zum Präsidenten gewählt werde. Es ist sehr leicht möglich, dass in Chile, wie in Guatemala, die extremen Terroristen einem rechtsgerichteten Präsidentschaftskandidaten dazu verhelfen werden, die Wahlen zu gewinnen.

Ein echter Rebelle hat einen General zum Onkel

In Argentinien zweitgrößter Stadt, Rosario, meuterte die Polizei, und 1500 Polizisten besetzten das Polizeipräsidium. Die Polizisten verlangten Gehaltszulagen und Gleichstellung mit der Polizei in anderen Provinzen (Bundesländern). Der Konflikt wurde beigelegt, indem man fast alle Forderungen der Meuterer befriedigte.

Am nächsten Tag gelang es einer Gruppe von stark bewaffneten Männern und Frauen in einer für Argentinien präzedenzlosen Kommandoaktion, die Ortschaft La Calera (Provinz Cordoba) praktisch zu erobern und nach Besetzung des Polizeipostens, der Telephonzentrale und der Gemeindeverwaltung eine lokale Bankfiliale auszurauben. Das 20 km von der Stadt Cordoba entfernte Städtchen befand sich über eine halbe Stunde in den Händen der Terroristen, die sich durch Flugblätter und Inschriften als Mitglieder des Kommandos «Montoneros» zu erkennen gaben. Die «Montoneros», die auch die Verantwortung für die Entführung und Ermordung des früheren argentinischen Präsidenten Eugenio Aramburu auf sich genommen hatten, sind eindeutig peronistischer Provenienz. Eine Reihe von Beteiligten an diesem Ueberfall (der zwar in Argentinien, jedoch nicht in Lateinamerika einzigartig ist, da im Oktober vorigen Jahres die uruguayische Terroristengruppe Tupamaros einen ähnlichen Ueberfall auf das

Städtchen Pando durchführte) konnten festgenommen werden. Die Verhafteten gehören gutbürgerlichen Familien der Provinz Cordoba an. Wer von ihnen keinen General als Onkel hat, kann mindestens einen Minister oder Richter vorweisen.

Ueber das machtpolitische Wesen der neuen Regierung in Argentinien besteht noch keine Klarheit. Wohl ist General Roberto Marcelo Levingston unbestreitbar das Staatsoberhaupt, da er die repräsentativen Funktionen des Staates ausübt. Das entspricht den Aufgaben eines Königs oder Präsidenten in parlamentarischen Demokratien. Weniger klar ist die Reichweite seiner Aufgabe als Regierungschef. Diese Funktion ist in den Regierungssystemen wie in den USA und Argentinien in der Person des Präsidenten mit derjenigen des Staatsoberhauptes vereint, aber die jüngste Reform der Revolutionsakte hat die Junta der Oberbefehlshaber als mitentscheidende Instanz eingeschaltet.

Die Mordserie in Guatemala lässt nicht nach. Drei Tage nach der Machtübernahme durch Oberst Carlos Arana Osorio, den Rechts-Kandidaten, der die Wahlen gewann, weil er versprach, dem Partisanentum ein Ende zu setzen, stiessen Stadtguerillas mit Polizisten in der Hauptstadt des Landes zusammen. Ein Polizist und ein Rebelle wurden getötet, mehrere Personen verwundet.

Die seltsame Front gegen Velasco Ibarra

In Ecuador, wo der verfassungsmässig gewählte Präsident José Maria Velasco Ibarra, auf das Heer gestützt, die Diktatur ausrief, das Parlament und die Parteien auflöste und die konstitutionellen Rechte aufhob, hatte es wochenlang Studentenunruhen gegeben, von denen einige in Gewaltakten mit Toten und Verletzten endeten. Eine

der ersten Massnahmen Velascos nach dem Putsch bestand darin, Rektoren, Professoren und Studenten der Ultra-Linken verhaften zu lassen. Gleichzeitig erklärte Velasco, er werde eine «wahre wirtschaftliche Revolution» in Ecuador herbeiführen, um die Wirtschaft zu sanieren und das ständige Anwachsen des Haushaltsdefizits zu stoppen. Die neue Regierung ordnete an, alle Auslandskonten aufzuheben und das Geld zurück ins Land zu bringen. Devisengeschäfte können nur noch mit der Zentralbank vorgenommen werden.

Nun hat sich in Ecuador die eigentümliche Lage ergeben, dass Kommunisten und Anarchisten gemeinsame Sache mit den Unternehmern gegen die fünfte Präsidentschaft des dreimal zuvor abgesetzten Velasco Ibarra gemacht haben, so dass er sich gezwungen sah, sämtliche Gewalten zu übernehmen. So stellt er es wenigstens dar. Die Wahrheit liegt etwas anders und hat mit der bei Velasco Ibarra traditionellen Verwaltungsschluderei und Verschwendung zu tun, die eben die Ursache für das riesige Defizit sind.

In Uruguay sind anscheinend zwei Versuche, Diplomaten zu entführen, misslungen: Weder der holländische noch der Schweizer Botschafter befanden sich in ihren Arbeitsräumen oder in ihrer Residenz, als angebliche Stadtguerillas diese überfielen, beziehungsweise versuchten, sich Eintritt zu verschaffen. Es ist allerdings fraglich, ob wirklich Entführungen beabsichtigt waren, denn bei den jetzt zwei- bis dreimal wöchentlich stattfindenden Banküberfällen beispielsweise zeigen sich die bekannten Tupamaros und eine neue, FARO (Leuchtturm) genannte Gruppe nicht so laienhaft. Seit Anfang des Jahres haben die Terroristen fast 1 Million Dollar in bar, 25 000 Dollar in Goldstücken und fast 2000 moderne Schusswaffen geraubt.

(Fortsetzung auf Seite 6)

osteuropa ist die

- älteste (seit 1925),
- dickste (1800 Seiten pro Jahr),
- billigste (2,7 Pfennig pro Seite),
- von Klaus Mehnert redigierte (seit 1951)

Monatszeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens und des Weltkommunismus. Im Juli hat OSTEUROPA die ebenfalls über die Grenzen Deutschlands bekannte Zeitschrift „Ost-Probleme“ übernommen und ihren Umfang nahezu verdoppelt. Auf monatlich rund 150 Seiten bietet jetzt der erste Teil Analysen und Berichte bekannter Fachleute über den sowjetisch-osteuropäischen Raum sowie den Weltkommunismus, während der neue, aus den „Ostproblemen“ hervorgegangene Archiv-Teil Dokumente und Materialien aus diesen Bereichen bringt, die zum Teil mit den Aufsätzen in Verbindung stehen, sie illustrieren und ergänzen. Damit bietet OSTEUROPA seinen Lesern eine größere Informationsbreite als irgendeine vergleichbare Zeitschrift in der Welt.

Jahresabonnement DM 48.—;
für Studenten, Schulen und ähnliche
Institutionen DM 32.—
(jeweils zuzüglich Versandkosten).

Ein kostenloses Probeheft des erweiterten
OSTEUROPA liegt für Sie bei der
Deutschen Verlags-Anstalt, 7 Stuttgart 1,
Neckarstraße 121, bereit.

Zusammenhänge

In einer Interpellation vor dem aargauischen Grossen Rat wurde die Regierung aufgefordert, den bolivianischen Rebellen eine mobile Sendestation zu schenken. Anscheinend im Sinne der Entwicklungshilfe, denn unser Land soll offenbar Partei für die gerechte Sache der Aufständischen ergreifen und ihnen mit Kriegsmaterial gegen das diktatorische Regime aushelfen.

Die Annahme der Interpellation hätte gleichzeitig noch einem gerechten Anliegen in den eigenen Gefilden weiter geholfen. Im April dieses Jahres waren drei Schweizer verhaftet worden, als sie aus einem Industriewerk in Enneturgi AG eine Sendeanlage zur Unterstützung der Guerillas in Bolivien zu stehlen versuchten. Und weil diese Mission wegen des Eingreifens unserer Repressionsorgane leider gescheitert war, gedachte sie der interpellierende aargauische Grossrat Hans Rusterholz so zu retten, dass er sie in einen Auftrag an die Kantonsregierung umwandelte. Er wollte wissen, ob sie bereit sei, «das vermutete Anliegen der Verhafteten, nämlich einem unterdrückten Volk Hilfe zukommen zu lassen, aufzunehmen und auf wirksame Weise in die Tat umzusetzen».

Die Regierung war dazu allerdings nicht bereit, und auch aargauische Grossräte zeigten durch ablehnende Meinungsäusserungen, dass sie «nichts verstanden» hatten (so die «National-Zeitung»).

Tja, mit dem Verständnis für die unterdrückten Völker ist es bei unsern Behörden offenbar immer noch nicht so weit wie bei unseren grössten Massenmedien (etwa «NZ» und «Tag-Anzeiger»), die mit ihrer Auflagenhöhe im Verhältnis zur Bevölkerung etwa die gleiche Stellung einnehmen wie die Springer-Presse in Deutschland.

Dabei hatte Grossrat Rusterholz sein Anliegen ja wirklich gut begründet: «Müssen wir immer auf der falschen Seite stehen, ist es notwendig, dass wir Verbrecherregimes weiterhin durch unsere Passivität unterstützen?»

*

Nun, mit dieser Fragestellung bin ich völlig einverstanden. Unsere Passivität gegenüber Verbrecherregimes ist wirklich gross.

Als 1968 im Nationalrat die Debatte über die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei stattfand, wurde immer wieder betont, man dürfe sich nun ja nicht etwa von Emotionen leiten lassen und durch irgendeine Handlung in antisowjetischer Provokation machen. Um Gottesgotteswillen, nur ja keinen Rückfall in den kalten Krieg! Und selbstverständlich gab es in unserm höchsten Gremium nicht einen einzigen, der dieser weisen Erkenntnis etwa widersprochen hätte. Damals waren die tschechoslowakischen Rebellen bestrebt, über Sendeanlagen, welche die Besatzungstruppen noch nicht unter Kontrolle gebracht hatten, die Bevölkerung so gut wie möglich zu orientieren. Nun, damals gab es gerade keine Leute, die eine Sendeanlage zuhanden der tschechoslowakischen Rebellen zu stehlen versuchten, und somit hatte auch Grossrat Rusterholz keine Gelegenheit, einen entsprechenden Antrag zur Weiterführung dieser Mission durch die Regierung zu stellen. Sonst hätte er es natürlich getan, oder? Und wie ihn dabei erst unsere auflagestärkste Presse unterstützt hätte, hei!

Man könnte sogar noch etwas weitergehen als Grossrat Rusterholz, der nur die Passivität gegenüber den Verbrecherregimes beklagt. Man sucht ja Freundschaft mit ihnen, unterstützt sie wirtschaftlich und will sich darin durch keine Missklänge stören lassen. Die Sowjetunion etwa ist sowohl für unsere offizielle Politik als auch für unsere Massenmedien ein absolutes Tabu, und ebenso unantastbar sind die Kolo-

nien, die sie nominell (Baltikum, Ostpolen usw.) oder de facto (Osteuropa) ihrem Imperium einverleibt hat. Nun, das ist natürlich begrüssenswerter Realismus gegenüber einer Macht, die vielleicht nur etwa doppelt so brutal ist wie die lateinamerikanischen Diktaturen und nur ungefähr tausendmal so mächtig.

Im übrigen soll nicht etwa gesagt werden, dass aussersowjetische Militärjuntas, die ihre politischen Gefangenen zu ermorden und zu foltern pflegen, wirklich die Schonung und das Entgegenkommen verdienen, das wir ihnen so ausgiebig zuteil kommen lassen. Tun wir das? Aber ja, sicher. Ich habe da ein Beispiel vor Augen. Wir hatten da so eine Militärjunta, die ihre politischen Gefangenen ermordet und foltert (unter anderm auch Schweizer; aber diese Affäre wurde bei uns auf behördliche Anweisung ganz, ganz en douceur niedergehalten), als Ehrengast für unser Comptoir vorgesehen, und dass der Gast uns dann verschmähte, war schliesslich unsere eigene Schuld; wir waren nicht devot genug gewesen. Ach so, Algerien? Aber ja. Ist das etwa keine Militärjunta, die ihre politischen Gefangenen ermordet und foltert? Aber das sei doch etwas ganz anderes! Ja? Inwiefern, bitte? Ach, so, nun vielleicht. Ich hatte oben ja von aussersowjetischen Militärjuntas gesprochen, und gar so aussersowjetisch ist diese Militärjunta ja möglicherweise auch wieder nicht. Dann bitte ich vielmals um Entschuldigung. Denn wenn Algerien nicht gar so aussersowjetisch sein sollte, dann gehört es selbstverständlich zu unserem heiligen Tabu, zu unserer weisen Anerkennung der Realitäten usw. In diesem Fall wollen wir zu jenem Obristenregime doch wieder recht freundlich sein. Es gibt ja gottlob noch andere Obristenregimes, die nicht so ausgesprochen unter allerhöchster Protektion stehen, und gegen die dürfen wir schliesslich auch mal was Tapferes tun, nicht?

*

Die gottgefällige Dynamitbombe

(Fortsetzung von Seite 5)

Der allerchristlichste Respekt vor der «aktiven Gewalt»

Am empörendsten für die uruguayische Bevölkerung war jedoch das Blutbad, das die Stadtguerillas an einem Samstagabend anrichteten: Drei Polizisten in verschiedenen Stadtteilen wurden überfallen und auf fünf andere wurde zur gleichen Zeit, aber an verschiedenen Orten, geschossen. Ergebnis: Ein Toter, zwei Schwerverletzte und zwei Leichtverwundete. Es zeugt von der Kaltblütigkeit der Mörder, dass sie zu einem der Tatorte zurückkehrten und versuchten, den in Zivil gekleideten Wächter, der einen der verletzten Polizisten ersetzte, anzufallen. Nur einer der Tupamaros konnte gefasst werden; er liegt mit einer lebensgefährlichen Verletzung im Spital. Bisher wurden 10 Polizisten von Tupamaros ermordet und fast doppelt so viel durch Schusswunden verletzt.

Nun, dieses Niederschiessen von Polizisten, die vor Botschaften, Banken oder den Wohnungen

prominenter Persönlichkeiten die ganze Nacht Wache halten, erfolgt mittlerweile mit allerchristlichsten Billigung. So hat der Erzbischof von Recife, Helder Camara, erklärt, dass er zwar nur für die «friedliche Gewalt» eintrete, aber alle respektiere, die — mit gutem Gewissen — «aktive Gewalt» üben. In den Augen des brasilianischen Erzbischofs ist es also nicht die Tat, die beurteilt werden muss, sondern das gute Gewissen des Täters. (Die Eichmanns und Berijas dieser Welt haben übrigens immer ein gutes Gewissen.) Und was bedeutet «friedliche Gewalt»? Der Bischof erklärte den Ausdruck nicht, sagte nur, dass er als Christ zutiefst von der «friedlichen Gewalt» überzeugt sei und dass er beabsichtige, ein Weltseminar zur Ausbildung von Gruppen in der «friedlichen Gewalt» zu gründen. Diese Gruppen sollen gegen die «Gewalt Nr. 1», die soziale Ungerechtigkeit in der Welt, kämpfen.

Und Helder Camara ist nicht allein mit derartigen Erklärungen.

In einem in Buenos Aires veröffentlichten Manifest heisst es:

«Es geht nicht darum, Männer an der Regierungsspitze auszutauschen oder neue poli-

tische Kursrichtungen anzukünden, sondern die sozialpolitischen Strukturen des herrschenden kapitalistischen Systems durch einen authentischen Sozialismus zu ersetzen.»

Dieses Manifest wurde nicht von einer kommunistisch-marxistisch-castristischen Gruppe verfasst, sondern von der sogenannten «Priesterbewegung für die Dritte Welt».

Zur Entführung und Ermordung von Ex-Präsident Aramburu sagen die Priester folgendes: «Es wäre nicht christlich, das Leben eines Menschen geringer zu erachten, aber es wäre auch nicht christlich, es im Vergleich zu anderen Menschenleben zu hoch einzuschätzen. Wir bedauern Aramburus Verschwinden, aber wir verschweigen nicht, dass uns der Tod vieler argentinischer Patrioten nicht weniger, vielleicht sogar noch mehr berührt.» In früheren Zeiten wurden den Kirchen der diversen Religionsgemeinschaften und ihren Priestern vorgeworfen, dass sie die Vernichtungswaffen der Generalstäbe segneten. Die postkonziliaren Rebellenpriester halten sich statt dessen an das gottgefällige Verfahren, Molotow-Cocktail und Dynamitbomben zu segnen.